



BEKANNTMACHUNG

gemäß § 10 Abs. 3 BauGB

des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan „Freizeit und Erholungsgebiet Franzosenpoint“

Der Gemeinderat Münster hat mit Beschluss vom 11.01.2024 den Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan „Freizeit und Erholungsgebiet Franzosenpoint“ als Satzung beschlossen. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan „Freizeit und Erholungsgebiet Franzosenpoint“ in Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan mit der Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, bei der Gemeinde Münster (Lech) Rathausplatz 1, 86692 Münster (Lech) sowie in der Verwaltungsgemeinschaft Rain, Münchner Straße 42, 86641 Rain während der allgemeinen Öffnungszeiten einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Ergänzend ist der Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan auch im Internet auf der Homepage der Gemeinde Münster (Lech) unter < www.gemeinde-muenster.de > - „Bürgerservice“ - „Planen und Bauen“ - „Download rechtsverbindliche Bebauungspläne“ eingestellt und über das zentrale Internetportal des Freistaats Bayern (<https://geoportal.bayern.de/bauleitplanungsportal/>) zugänglich gemacht.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 S. 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Münster (Lech), den 22.04.2024

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jürgen Raab'.

Jürgen Raab
Erster Bürgermeister



Veröffentlicht am: 23.04.2024
Abgenommen am: 24.05.2024